Freitag, 2. September 1932
Nr. 198. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sächsische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Deutschland will aufrüsten

Vergrößerung der Reichswehr, Bau von Schlachtschiffen, Unterseebooten, Tanks, Kampfflugzeugen geplant — Organisiert den Widerstand aller Kriegsgegner!

Paris, 31. August.

CNB. Die Agence Havas berichtet: Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, hat dem französischen Außenministerium die Denkschrift über die Reorganisierung der Reichswehr übermittelt, die ihm Reichsaußenminister von Neurath gestern im Namen der Reichsregierung übergeben hat.

Die Uebergabe dieses Dokumentes, so heißt es in der Havasmeldung weiter, stelle die erste offizielle Demarche Deutschlands dar, eine Erweiterung (élargissement) des Status der Reichswehr zu erreichen.

Ein Mitglied des Kabinetts des Ministerpräsidenten Herriot hat sich nach Cherbourg begeben, um dem Ministerpräsidenten vor der Rückkehr nach Paris dieses Dokument zu unterbreiten.

Vorbereitung zum nächsten Krieg

Aus der vorstehenden Mitteilung ist ersichtlich, daß die deutsche Reichsregierung der französischen Regierung eine Note zugestellt hat, in der, zum ersten Male offiziell, die Aufhebung der im Versailler Vertrage festgelegten Beschränkungen der deutschen Rüstungen gefordert wird. Das ist ein Schritt von allergrößter Bedeutung. Die Folgen sind heute noch unübersehbar.

Die Präsentierung der deutschen Forderungen kommt nicht unerwartet. Diese offizielle Anmeldung der deutschen Aufrüstungsbestrebungen entspricht dem logischen Gang jener Politik des neudeutschen Imperialismus, die die herrschende Klasse Deutschlands in den letzten 13 Jahren konsequent betrieben hat.

General von Schleicher, nicht nur Reichswehrminister, sondern überhaupt einer der einflußreichsten Männer in Deutschland, ist seit langem der Repräsentant dieser Bestrebungen. Aber es wäre verfehlt, sie auf ihn allein zurückzuführen: hinter ihm steht, wie er soeben in einem umfangreichen Zeitungsartikel erklärt, die gesamte Reichsregierung, und hinter der Reichsregierung steht in dieser Frage — darüber darf sich die Arbeiterschaft nicht täuschen — das gesamte deutsche Bürgertum, wenn man von einigen kleinen, politisch einflußlosen pazifistischen Gruppen absieht.

Noch ist der Wortlaut der deutschen Note nicht bekannt, aber der erwähnte Artikel Schleichers und ein Interview, das der Reichswehrminister dieser Tage dem Vertreter einer italienischen Zeitung gegeben hat, lassen keinen Zweifel über den Umfang der deutschen Pläne zu. Deutschland will seine Reichswehr vergrößern und sich zugleich all die Waffen schaffen (Kampfflugzeuge, Tanks, schwere Geschütze, Unterseeboote, große Kreuzer usw.), die ihm bisher verboten sind. Dabei muß immer beachtet werden, daß Deutschland auch jetzt durchaus nicht ungerüstet dasteht; in seiner Reichswehr, seinen Panzerkreuzern, seiner chemischen Industrie, in der besonders großen Zahl seiner Flugzeuge und auf manchem anderen Gebiete besitzt es bereits die wichtigsten Voraussetzungen künftiger Kriegsführung. Wenn jetzt alle Beschränkungen fallen sollen, so bedeutet das, auch wenn es Schleicher abstreitet, die Beteiligung Deutschlands am Wettrüsten der kapitalistischen Mächte.

Weitere Rüstungssteigerungen in anderen Ländern, weitere Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze müssen die Folge sein.

In internationalem Maßstabe, aber auch in jedem einzelnen Lande muß der Widerstand gegen diese Vorbereitung des nächsten Krieges organisiert werden.

Besonders die deutsche Arbeiterschaft muß die ungeheuren Gefahren erkennen, die dem Frieden der Welt und damit dem Leben des Proletariats drohen. In allen proletarischen Organisationen muß, auf breitester Grundlage, der Kampf gegen die weitere Aufrüstung Deutschlands geführt werden!

Frankreichs Nein

Paris, 1. September.

CNB. Der deutsche Schritt in Paris und die Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher, dessen Interview in einer italienischen Zeitung besonderes Aufsehen erregt, werden von der Presse lebhaft kommentiert. Der Ton der Blätter ist von großer Schärfe. Ere Nouvelle, das Blatt, in dem Ministerpräsident Herriot zu Wort zu kommen pflegt, stellt an den Beginn seiner Ausführungen die Frage, ob Minister von Schleicher den Versailler Vertrag beerdigen wolle, und meint dann u. a., es sei klar, daß man im Versailler Vertrag die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen gegen diejenigen habe ergreifen wollen, die nicht gezögert hätten, den Krieg vorzubereiten. Die Republikaner in Frankreich hätten den jakobinischen Geist bewahrt, der ebenso um die Interessen des Vaterlandes wie der Menschheit besorgt sei.

Homme libre fordert den Zusammenschluß aller Franzosen um Herriot, um der Welt klarzumachen, daß Frankreich nichts weiter wolle als den Frieden und seine Sicherheit.

Quotidien fordert ebenfalls ein einmütiges entschlossenes Nein und die Sammlung der Franzosen um den französischen Ministerpräsidenten. Deutschland beschuldige Frankreich, nicht abgerüstet zu haben. Frankreich könne erwidern, daß Deutschland heimlich aufgerüstet habe.

Auch Journée industrielle, das das Gespenst eines Krieges an die Wand malt, verlangt von Herriot eine eindeutige Stellungnahme.

L'Ordre erklärt, General von Schleicher gehe von Drohungen zu Handlungen über. Jetzt, wo Europa daran arbeite, die tragischen Folgen der Wirtschaftskrise wiedergutzumachen, werfe Deutschland die Maske ab.

Figaro und Ami du Peuple bemühen sich, in dem Interview des Reichswehrministers mit einem italienischen Blatt eine Beleidigung für Frankreich zu erblicken, die nicht unerwidert bleiben könne.

Im Gewerkschaftsblatt Le Peuple lehnt der sozialistische Abgeordnete Fontanier die deutsche Forderung insofern ab, als die Sozialisten eo ipso jede Aufrüstungsgleichheit verurteilten. Allerdings müsse man der französischen Politik den Vorwurf machen, die heutigen Verhältnisse heraufbeschworen zu haben. Man müsse abrüsten, damit Deutschland nicht erneut rüste. Das stehe im Versailler Vertrag.

Weiter abwärts oder aufwärts?

Die Wirtschaftsprognose des Instituts für Konjunkturforschung

Berlin, 31. August.

CNB. Das Institut für Konjunkturforschung faßt auf Grund seiner Untersuchungen sein Urteil über die Weltkonjunktur Ende August 1932 folgendermaßen zusammen:

„Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschwung hervor. Die Welthandelspreise ziehen fast allgemein an. Auch die Großhandelsindexziffern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt; der Mengenumsatz dürfte sogar stabil gewesen sein. Die Milderung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Umschuldungsprozeß der Banken hat die Flüssigkeit der Geldmärkte soweit erhöht, daß jetzt Mittel auch auf den Kapitalmarkt überfließen. Ausdruck hierfür ist die Hausse an den Renten- und Aktienmärkten.

In den beiden angelsächsischen Ländern ist der Entspannungsprozeß bereits so weit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. In den von ständigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzkrisen niedergehaltenen Schuldenländern Europas ist die Entlastung noch so gering, daß entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als ganzes sich nunmehr anschicken, das Krisentief zu überwinden.

Konjunktur in Deutschland: Unter dem Einfluß der internationalen Vorgänge hat sich das Bild der Effekten- und Warenmärkte auch in Deutschland grundsätzlich gewandelt: Effektenumsätze und Effektenkurse sind gestiegen, die reagiblen (marktempfindlichsten) Warenpreise haben ihren Rückgang unterbrochen. An der restriktiven Wirkung der Kredit- und Preissituation ist wenig geändert. Auf der Güterseite der Wirtschaft blieben dann auch die Rückgangstendenzen vorherrschend. Produktion, Beschäftigung und Warenumsätze verharrten in ihrer konjunkturellen Abwärtsbewegung. Das Tempo des Rückganges war aber zum Teil merklich verlangsamt. Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind, obzwar in Teilen der Weltwirtschaft in greifbare Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Denn eine Erhöhung der Investitionstätigkeit aus privater Initiative kann unter den derzeitigen Umständen nicht erwartet werden, und der Absatz an Verbrauchsgütern und Exportwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und verminderter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eher abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigenfalls ein allmähliches Aufhören der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden."

*

Die Feststellungen und die Prognose des Instituts für Konjunkturforschung sind weit weniger optimistisch als der letzte von der SAZ am 28. August veröffentlichte Bericht des Instituts für Konjunkturforschung. Da wurde von einer „vorübergehenden Belebung" gesprochen während jetzt nicht nur die „konjunkturelle Abwärtsbewegung" in Deutschland festgestellt wird, sondern auch die „Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung" als noch immer nicht gegeben bezeichnet werden. Es ist also zum mindesten für Deutschland nichts mit einem Wirtschaftsaufschwung, es geht weiter abwärts.

Wir halten aber auch die optimistische Auffassung des Instituts für Konjunkturforschung für die Weltwirtschaft für eine Ueberschätzung der Wirkungen der künstlichen Finanz- und Börsenoperationen.

Theoretisch ist selbstverständlich auch im niedergehenden Kapitalismus eine vorübergehende Belebung, ja eine teilweise Prosperität möglich. Aber die Grundursache der heutigen Krise ist nicht konjunkturell, sondern liegt im kapitalistischen System selbst begründet. Sie wird daher im Kapitalismus nicht mehr verschwinden. Jeder zeitweilige Aufschwung wird vorübergehend sein und schnell durch weitere Verschärfung der Krise abgelöst werden. Die Arbeiterklasse kann und darf daher auf eine generelle Besserung ihrer Lage im Kapitalismus keinerlei Hoffnung setzen.

Unternehmer kündigen Lohnabkommen

Düren, 31. August.

WTB. Der Arbeitgeberverband der Dürener Metallindustrie hat heute das Lohnabkommen zum 30. September gekündigt.

Ausbreitung des englischen Streiks

Manchester, 31. August.

WTB. Die Nachrichten aus den Baumwollindustriestädten lassen eine fortschreitende Ausbreitung des Streiks in den Textilarbeiterbezirken von Lancashire erkennen.

Diskontsenkung

Stockholm, 31. August.

WTB. Die Schwedische Reichsbank setzt von morgen ab den Diskontsatz von 4 auf 3½% herab.

Oslo, 31. August.

WTB. Die Bank von Norwegen hat den Diskontsatz von 4½% auf 4% herabgesetzt. Der bisherige Satz war seit dem 20. Mai d. J. in Kraft.

Das Papen-Wirtschaftsprogramm

Seine Auswirkungen auf die Arbeiterklasse

Die großen politischen Ereignisse der letzten Tage, Reichstagseröffnung, Ankündigung der sofortigen Wiederauflösung unter Fortsetzung der bisherigen Regierungsdiktatur gegen das Parlament usw. haben in der Oeffentlichkeit das Interesse für das von Papen am Sonntag verkündete Wirtschaftsprogramm rasch in den Hintergrund gedrängt. Das kann nur für Junkertum und Großkapital nützlich sein, für die Arbeiterklasse aber äußerst schädlich. Denn dieses Wirtschaftsprogramm bzw. seine Durchführung in der Praxis überragt an Bedeutung für die Arbeiterklasse weit alle übrigen politischen Vorgänge dieser Tage. Ja, dieses Wirtschaftsprogramm stellt die eigentliche Basis für die politisch-wirtschaftliche Regierungsdiktatur der herrschenden Klasse dar.

Wir wollen uns hier — obwohl auch das wichtig ist — nicht mit der wirtschaftlichen Möglichkeit und Auswirkung des Systems der Steuerverrechnungsscheine beschäftigen, auch nicht darüber, ob damit die groß angekündigte Verringerung der Arbeitslosigkeit eintritt. Was die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften am stärksten betrifft, ist die sogenannte „Tarifauflockerung".

Was in dieser Hinsicht in dem Wirtschaftsprogramm Papens enthalten ist, übertrifft an Gemeingefährlichkeit und Unterdrückung gegenüber der Arbeiterklasse selbst die schwärzesten bisher bekanntgewordenen Pläne der großkapitalistischen Scharfmacher. Gewiß schreien die Krupp, Thyssen und Konsorten schon seit Jahr und Tag gegen die „Starrheit" der Tarifverträge und fordern „Auflockerung", d. h. die „Freiheit" willkürlich Löhne unter Tarif zu bezahlen.

Die Papenregierung hat nicht nur diese Forderungen restlos bewilligt, sie tat noch viel mehr. Sie bezahlt und prämiiert den Unternehmer noch extra mit einem Aufwand von 700 Millionen Mark aus den Mitteln des Reichs diese Tarifunterbezahlung, diesen raffiniertesten Lohnabbau, den je ein Scharfmacherhirn ersonnen. Der Unternehmer hat also nicht nur den Gewinn aus dem den Arbeitern gestohlenen Lohn, sondern dafür, für diese edle Tat bekommt er auch noch extra bezahlt. Welcher Unternehmer wollte da nicht mitmachen!

Nach den Bestimmungen des Programms, das dieser Tage durch Notverordnung „Gesetz" werden soll, bekommt der Unternehmer für jeden neueingestellten und über die Zahl seiner bisher beschäftigten Arbeiter hinausgehenden Arbeiter: erstens eine Prämie von 400 Mark pro Jahr und zweitens, je mehr Neueinstellungen vorgenommen werden, desto mehr kann er mit den Löhnen unter die Tarifsätze gehen. Die einzige Einschränkung ist, daß die Gesamt-Lohnsumme des Betriebes um ein Weniges höher ist als bisher. Das ist für jeden Unternehmer kinderleicht zu machen, er hat auf jeden Fall einen großen materiellen Nutzen. Beispiel: Bisherige Beschäftigung von 1000 Arbeitern mit einem Lohn von 30 Mark pro Woche, also 30 000 Mark Gesamtlohn. Es werden 250 Neueinstellungen vorgenommen und bei Verkürzung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne jetzt pro Mann und Woche 25 Mark ausbezahlt. 1250×25 = 31 250 Mark, also 1250 Mark mehr als bisher. Die Gesamt-Lohnsumme ist also gestiegen, die „Voraussetzung" ist erfüllt. Aber jeder einzelne bisher beschäftigte Arbeiter ist um 5 Mark bestohlen. Der Unternehmer bekommt aber jetzt noch 250×400 Mark = 100 000 Mark im Jahr = pro Woche rund 2000 Mark. Er hat bei dieser Transaktion einen rein finanziellen Vorteil von 750 Mark pro Woche. Aber er hat außerdem 250 Arbeitssklaven mehr zum Ausbeuten, bzw. kann der Großunternehmer in einem anderen Betrieb dafür 250 Mann entlassen und spart dafür dann deren Lohn vollkommen.

Dazu aber, das ist noch das wichtigste, wird mit diesem System jeder tarifliche Lohnzwang beseitigt, das verhaßte Tarifwesen zerschlagen und damit die Gewerkschaft völlig vernichtet. Mussolinis Kooperationssystem ist an Gemeinheit und Brutalität weit übertroffen. Das alles angeblich, um die „Starrheit' der Tarife zu beseitigen. Mit Recht weisen demgegenüber die Gewerkschaften darauf hin, daß

„die Phrase von der Starrheit der Tarife ein ganz gewöhnlicher Schwindel ist, nur, um damit den größten und gemeinsten Lohnabbau zu begründen".

Es gibt nämlich gar keine Starrheit der Tarife. Sie sind mit Hilfe der Gewerkschaftsführer seit Jahren so „elastisch" gemacht, so tausendfältig untergeteilt in Branchen, Alter, Lohnstufen usw., daß gerade das Umgekehrte von „starr" richtig ist. Aber gerade das immer wieder geübte Nachgeben gegenüber den Unternehmern, das Ausweichen vor dem Kampf hat sie immer anspruchsvoller und frecher werden lassen.

Daraus gilt es, die Konsequenzen zu ziehen. Keinen Schritt zurück mehr. **Kampf mit allen Mitteln, mit Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel gegen dieses Sklavensystem!**

Rings um den Reichstag

Arbeiterparteien nicht vertreten

Berlin, 31. August.

VDZ. Nach dem am Mittwoch festgestellten Ergebnis der vom Reichstag vorgenommenen Wahl der zwölf Schriftführer, die zusammen mit dem Präsidium den Vorstand des Reichstages bilden, sind acht Nationalsozialisten, drei Zentrumsabgeordnete und ein Deutschnationaler zu Schriftführern gewählt worden.

Konstituierung der Ausschüsse

Berlin, 31. August.

Im Ältestenrat wurde verabredet, daß sich am Mittwoch früh zunächst nur der Haushaltsausschuß, der Auswärtige Ausschuß, der Ständige Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und der Geschäftsordnungsausschuß konstituieren sollen. Den Vorsitz in den beiden ersten Ausschüssen werden die Nationalsozialisten besetzen, den Vorsitz im Ständigen Ausschuß übernimmt ein Sozialdemokrat, den im Geschäftsordnungsausschuß ein Zentrumsmann.

Die nächste Sitzung

Berlin, 30. August.

VDZ. Der Ältestenrat des Reichstages beschäftigte sich nach der ersten Vollsitzung mit der Frage, wann der Reichstag wieder zusammentreten soll. Es wurde beschlossen, vorläufig den 8., evtl. den 9. September für die nächste Sitzung in Aussicht zu nehmen. Auf die Tagesordnung soll eine Erklärung der Reichsregierung gesetzt werden. **Falls die Regierung nicht bereit ist, eine Erklärung abzugeben, wird der Ältestenrat vorher noch einmal zusammentreten, um eine andere Tagesordnung aufzustellen.**

Schwarz-Rot-Gold darf bleiben

VDZ. Berlin, 31. August.

Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende hat den Reichstagspräsidenten Göring ersucht, die schwarz-rot-goldene Fahne in der Wandelhalle des Reichstags entfernen zu lassen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, hat Präsident Göring darauf geantwortet, daß er zur Zeit keinen Anlaß habe, dem deutschnationalen Ersuchen stattzugeben. Der Präsident erinnert die deutschnationale Fraktion daran, daß auch der deutschnationale Reichstagspräsident Wallraf vor einigen Jahren die Fahne nicht habe entfernen lassen.

Anträge der SPD

Berlin, 30. August.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, sofort einen Antrag einzubringen, wonach die Notverordnung gegen politischen Terror und die Verordnung über Sondergerichte aufgehoben werden sollen. Weiter formulierte die Fraktion noch eine Erklärung gegen die Steuerannrechnungsscheine, die Reichskanzler von Papen in seiner Sonntagsrede angekündigt hat. Die Erklärung verweist auf Art. 87 der Reichsverfassung, wonach Geldmittelbeschaffung auf dem Wege des Kredits zu Lasten des Reiches nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen kann. Die Reichsschuldenverwaltung habe deshalb die Verordnung vom 20. Februar 1932 schon für verfassungswidrig und die Mitwirkung des Reichstags bei der Kreditbeschaffung für erforderlich erklärt. Aus diesem Grunde habe die Regierung Brüning auch das Schuldentilgungsgesetz seinerzeit dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt. Außerdem würde die Reichsregierung durch die Steuerannrechnungsscheine in handelsrechtlich unzulässiger Weise entgegen Art. 85 der Reichsverfassung über zukünftige Steuereinnahmen verfügen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt deshalb zum Schluß, daß nach ihrer Meinung eine Einlösungspflicht für diese Steuerannrechnungsscheine nicht bestehe, wenn nicht eine parlamentarische Zustimmung vorausgegangen sei.

Der alte Kurs

Berlin, 31. August.

VDZ. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der zunächst der Fraktionsvorstand gewählt wurde. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde wieder Abgeordneter Dr. Breitscheid gewählt, zu weiteren Vorsitzenden der Fraktion die Abgeordneten Wels, Löbe und Dittmann. Die Fraktion hatte bisher nur drei Vorsitzende. Durch die Zuwahl des Abgeordneten Löbe sind es jetzt vier geworden.

Allgemeine Wehrpflicht in China?

London, 31. August.

WTB. Wie Reuter aus Schanghai meldet, befaßt sich das chinesische Kabinett mit einem Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht in China. Als Muster sollen die Wehrverfassungen Frankreichs und Italiens zugrundegelegt werden.

Erpreßte Geständnisse

Die Sozialistenverfolgung in Ungarn

Budapest, 30. August.

Vor dem Strafgerichtshof in Szegedin begann heute die Hauptverhandlung gegen achtundzwanzig Mitglieder der sozialdemokratischen Ortsgruppe Szegedins, die angeklagt sind, „kommunistische" Propagandatätigkeit betrieben zu haben. Von den Angeklagten, zumeist Intellektuellen — Aerzten, Privatbeamten und Studenten — befinden sich neun in Untersuchungshaft.

Als Verteidiger war ursprünglich der Budapester Rechtsanwalt Dr. René Molnar, der Verteidiger Fürsts und Sallais, bestellt, der aber geflüchtet ist und gegen den ein Steckbrief erlassen wurde.

Alle Angeklagten bestritten bei ihrem Verhör, kommunistische Propaganda betrieben zu haben; sie haben nur legale Kulturarbeit innerhalb der sozialdemokratischen Jugendbewegung geleistet. Die Geständnisse, die sie bei der Polizei abgelegt haben, seien ihnen durch Mißhandlungen erpreßt worden.

Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Schleicher leicht erkrankt

CNB. Wie wir erfahren, leidet Reichswehrminister von Schleicher an einer Erkrankung der Gallenblase. Der Reichsminister wird deshalb morgen eine kurze Erholungsreise antreten.

Kampfbundleiter verhaftet

WTB. Der ehemalige Bezirksleiter der KPD in Württemberg, Schlaffer, der in seiner Eigenschaft als Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus vorübergehend in Stuttgart weilte, ist am Sonnabend hier verhaftet worden. Über die Gründe der Verhaftung war keine Auskunft zu erlangen.

20 Nazis überfallen SAP-Genossen

Stettin. Am Sonntag, 28. August, ging unser Zeitungsobmann, der Gen. Otto Straßburg, mit einer Genossin in Richtung eines im Eckerberger Walde liegenden städtischen Jugendheims, zu dem der als „jugendpflegetreibend" nicht anerkannte SJV keinen Zutritt hat, wohl aber die Nazijünglinge, die seit kurzem ja „neutrale" Jugendpflegevereine sind. Auf dem Wege kamen im Gänsemarsch den beiden Genossen etwa 20 Nazis entgegen, deren einen Teil unsere Genossen schon passiert hatten, als plötzlich einer mit Rufen, wie „Schlagt den Hund tot" sich auf ihn stürzte. Die anderen kamen zurück, schlugen auf unseren Genossen ein und brachten ihm mit einem Gärtnermesser eine blutende Kopfwunde bei. Bald darauf überfielen sie noch zwei Reichsbannergenossen, die auch des Weges kamen. Die Genossen wurden verbunden, die Polizei alarmiert, aber die Nazis entkamen.

Der Landgendarm von Wussow aber war besonders tüchtig. Anstatt auf die Suche nach den Nazis zu gehen, ging er in ein anderes Waldlokal, wo sich jeden Sonntag nachmittag Gruppen von Jungkommunisten aufhalten. Die Attentäter seien im braunen Hemd gewesen, die Jungkommunisten hätten auch teilweise braune Hemden an — und so schrieb er sich denn sämtliche Namen auf — und erfragte telephonisch bei der Stettiner Polizei deren Richtigkeit. Ein tüchtiger Polizist, vorzumerken für das pommersche dritte Reich.

Auch der neutrale „General-Anzeiger" bemüht sich um Verwischung der Angelegenheit. Er faselt, daß harmlose Spaziergänger angefallen worden sein „sollen", und zwar „sollen die Täter Parteiuniform getragen haben".

Urheber dieses Überfalls ist das Naziblatt „Diktatur". Das Blatt brachte das Bild unseres Genossen Straßburg mit völlig verleumderischer Unterschrift. Es hetzte dabei direkt zum Mord auf, indem es sogar Namen und Wohnung angab! Wir sind der Meinung, wenn der Staatsanwalt damals nicht so blind gewesen wäre, dann hätte der ganze Vorfall nicht geschehen können.

Eine Berichtigung gegen die damalige Notiz hat das Naziblatt nicht gebracht.

Ein Schlag gegen die Einheitsfront

Die KPD hat in der Eröffnungssitzung des Reichstages wieder einmal ein Musterbeispiel für ihre zielbewußte Sabotage jeder wirkungsvollen Einheitsfrontpolitik gegeben. Da es sich um einen Fehler handelt, der sich wiederum aufs verhängnisvollste gegen die Bildung der proletarischen Einheitsfront auswirkt, müssen wir heute auf diese Haltung der kommunistischen Reichstagsfraktion kurz zurückkommen.

Vor der Wahl des Reichstagspräsidenten erklärte der kommunistische Abgeordnete Rädel, seine Fraktion werde im ersten Wahlgang für ihren eigenen Kandidaten Torgler stimmen, bei einer eventuellen Stichwahl jedoch für den Sozialdemokraten Löbe. Diese Haltung hatte keine praktische Bedeutung, da die Wahl eines Nationalsozialisten bereits im ersten Wahlgang auf jeden Fall gesichert war, selbst wenn die KPD sofort für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätte. Im Sinne der Arbeit für die proletarische Einheitsfront war jedoch die kommunistische Erklärung vernünftig und begrüßenswert.

Um so bedauerlicher ist es, daß die kommunistische Fraktion bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten eine andere Haltung einnahm. Hier machte sich eine Stichwahl zwischen dem Zentrumskandidaten Esser und dem Sozialdemokraten Löbe notwendig. Die kommunistische Fraktion gab ihre Stimmen nicht dem Sozialdemokraten Löbe, sondern stimmte für ihren eigenen Kandidaten, der überhaupt nicht zur Stichwahl stand, so daß ihre Stimmen ungültig waren.

Es handelt sich für uns durchaus nicht in erster Linie um die Frage, ob Esser oder Löbe im Reichstagspräsidium sitzen. Das Verhängnisvolle der KPD-Taktik liegt vielmehr darin, daß sie den reformistischen Führern wieder einmal die Möglichkeit gibt, die Massen der Arbeiter gegen die KPD aufzuhetzen und damit fester an die reformistischen Organisationen zu binden. In der Tat schiebt die gesamte sozialdemokratische Presse, die für das Zentrum trotz seiner engen Verbindung mit den Nationalsozialisten kein Wort der Kritik hat, alle Schuld der kommunistischen Partei zu.

Die Haltung der kommunistischen Reichstagsfraktionen hat der KPD bestimmt nur geschadet, den reformistischen Führern hingegen einen unbezahlbaren Dienst geleistet. Der Sache der proletarischen Einheitsfront und damit der Sache der Arbeiterklasse ist wieder ein schwerer Schlag zugefügt worden.

Holländischer Parteitag

Der zweite Verhandlungstag des Parteitags unserer holländischen Bruderpartei wurde ausgefüllt mit der Diskussion über das Referat des Genossen Schmidt. Alle Genossen berichteten einmütig über die gute Entwicklung der Parteisektionen in organisatorischer und ideologischer Hinsicht. Die junge Partei hat in den wenigen Monaten ihres Bestehens bereits eine Mitgliederzahl von 7200 erreicht. Auf Drängen der Mitgliedschaft wurde beschlossen, das bisher zweimal wöchentlich erscheinende Parteiorgan von jetzt ab dreimal wöchentlich herauszubringen.

In der Programmfrage herrschte allgemeine Einmütigkeit, so daß die Prinzipienerklärung einstimmig angenommen wurde. Über das Aktionsprogramm wurde eingehend diskutiert. Eine besondere Rolle spielte die Gewerkschaftsfrage. Ursprünglich hatte die Partei es allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, einer Freien Gewerkschaft anzugehören und innerhalb der Gewerkschaft im revolutionären Sinne zu arbeiten. Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie hat es aber unmöglich gemacht, an diesem Beschluß festzuhalten. Zahlreiche der oppositionellen Mitglieder, die der Unabhängigen Partei angehören, wurden ausgeschlossen, so daß die Partei zu dem Beschluß kam, daß die Mitglieder nach Möglichkeit weiter den Freien Gewerkschaften angehören sollen, ohne daß aber weiter die Zugehörigkeit zu ihnen zur Bedingung der Parteizugehörigkeit gemacht wird. Auch in dieser Frage wurde nach eingehender Debatte Einmütigkeit erzielt. Das Aktionsprogramm wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Zum Vorsitzenden der Partei wurde einstimmig der Genosse Schmidt gewählt, zum Sekretär und Redakteur des Parteiorgans der Genosse de Kadt.

Unter allgemeiner Begeisterung der Delegierten wurde am Schluß des Kongresses der holländischen Partei von den Vertretern der ausländischen Bruderparteien eine Internationale Fahne der revolutionären Arbeiterschaft geschenkt.

Der Verlauf des Parteitags war der Beweis der Kampfbereitschaft und inneren Geschlossenheit der jungen Partei, deren Gesamtmitgliedschaft trotz ernstester Debatten über Einzelfragen den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Partei als Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes der Klasse an die Spitze aller Bestrebungen und in den Mittelpunkt aller Aktionen stellt.

Weil sie Nazis sind, läßt man sie laufen

Neue lächerliche Urteile gegen SA-Banditen

Mit großer Empörung erinnert sich die Arbeiterschaft, insbesondere das Proletariat Schlesiens, an den wohlorganisierten, feigen Ueberfall auf das Arbeitsdienstlager der SAJ in Schmiedeberg am 8. Juli.

Wir brachten damals folgenden Bericht, der sich durch die später einlaufenden Meldungen bis in alle Einzelheiten bestätigt hat:

„Am Freitag abend umzingelten 200 SA-Leute das freiwillige Arbeitsdienstlager der SAJ. in Schmiedeberg (Schlesien) und bombardierten die Lagerinsassen mit Steinen. Hierauf durchbrachen sie, mit Eisenstangen bewaffnet, die Sperrkette und versuchten dann in das Lager einzudringen. In einem Handgemenge, das hierdurch entstand, erhielten sie von Arbeitern, die das freche Vorgehen der Nazis beobachtet hatten, den verdienten Lohn: Mehrere tragen schwere Verletzungen davon. Die machtlose Ortspolizei wurde schließlich durch Schupo-Ueberfallkommandos aus Görlitz und Liegnitz verstärkt. Bei der vorgenommenen Durchsuchung ergab sich, daß viele von ihnen mit Revolvern, Schlagringen und sonstigen Mordwerkzeugen ausgestattet waren. Es steht außer Zweifel, daß der Ueberfall planmäßig organisiert war. Unter der Schmiedeberger Arbeiterschaft herrscht größte Erregung."

Dies war also der Ueberfall!

Gestern fand nun vor dem Sondergericht in Hirschberg unter großer Aufmachung und großem Andrang des Publikums die Verhandlung gegen 39 Nazis und 10 Angehörige der SPD, der SAJ und des Reichsbanners, im Zusammenhang mit diesem Ueberfall auf das Lager statt. Der Verhandlungsraum war von einem großen Polizeiaufgebot abgesperrt. Alle Teilnehmer, auch die Zuhörer, wurden eingehendst nach Waffen durchsucht. Ueber den Prozeßbericht meldet das Wolffsche Telegraphenbüro unter dem 31. August aus Hirschberg:

„In der Verhandlung gegen die im Zusammenhang mit den schweren politischen Zusammenstößen am 8. Juli in Schmiedeberg wegen unbefugter Waffenführung angeklagten 49 Personen wurde Mittwoch abend vom Hirschberger Sondergericht das Urteil gefällt.

Von den angeklagten 39 Nationalsozialisten wurden zwei Autoführer, bei denen eine Schußwaffe gefunden wurde, zu je sechs Wochen Gefängnis, ein Nationalsozialist, der eine Stahlrute bei sich geführt hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Einen Monat Gefängnis erhielten weiter zwei von den zehn angeklagten Angehörigen des sozialdemokratischen Arbeiterlagers, bei denen Schlagringe gefunden worden waren.

Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen, darunter 34 Nationalsozialisten, die zu ihrer Ausrüstung Spaten getragen hatten, die das Gericht nicht als Waffen angesehen hat. Der Staatsanwalt hatte die Verurteilung auch der Spatenträger zu Gefängnisstrafen beantragt."

Obgleich die gesamte deutsche Oeffentlichkeit — nicht nur die proletarische — weiß, daß es sich bei diesem Ueberfall um einen wohlorganisierten Angriff, um „Zusammenrottungen", um einen „schweren Landfriedensbruch" handelt, faßt man die Nazis mit Samthandschuhen an und klagt sie lediglich wegen „unbefugter Waffenführung" an.

Aber auch hierbei befleißigt man sich noch einer himmelschreienden Inkonsequenz und Loyalität gegenüber den braunen Mordbanditen: Das Gericht sieht Spaten nicht als Waffen an. Dabei sind schon unzählige Proleten nicht nur von Sondergerichten, auch von ordentlichen Gerichten, lediglich wegen Führung eines Spatens ins Gefängnis gewandert.

Wie ungeheuerlich das Klassengesicht dieses Urteils ist, läßt sich um so deutlicher erkennen, wenn man einen anderen Fall, der in Berlin nicht einmal vor einem Sondergericht, sondern vor einem ordentlichen Gericht behandelt wurde. Der Fall liegt schon etliche Zeit zurück und wird schon manchem Proleten entfallen sein.

Damals hatten sich Arbeiter mit Schlagzeugen bewaffnet, die von einem geplanten Ueberfall der Nazis Kenntnis bekommen hatten, zu einer Abwehr des beabsichtigten Ueberfalls zusammengefunden. Der Ueberfall fand nicht statt, dagegen verhaftete die Polizei die Arbeiter, die durch einen Spitzel verpfiffen waren. Die Arbeiter wurden damals, obgleich, wie schon betont, überhaupt keine Zusammenstöße erfolgten, wegen Zusammenrottung und Waffenbesitz zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt.

Durch solche Urteile, wie das in Hirschberg gefällt worden ist, werden die Nazis immer weiter in ihrem Glauben bestärkt, daß sie sich gegen die Arbeiterschaft jede Bluttat und jeden Terror herausnehmen können, daß die Arbeiterschaft ihnen gegenüber vogelfrei ist.

Den Arbeitern im reformistischen Lager muß aber dieses neue Klassenurteil zum Beweise dienen, daß die Staatsorgane des bürgerlichen Klassenstaates, die Polizei und die Justiz, nur zum Schutze der Klasseninteressen der Ausbeuterklasse da sind. Die Abwehr des Faschismus, der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Die Gegenbeispiele

Vor den anderen Sondergerichten Schlesiens – Zuchthausurteile gegen Arbeiter

Beuthen OS., 31. August.

Vor dem Sondergericht standen heute 14 Personen,

darunter 7 Frauen,

die wegen schweren Landfriedensbruchs, Zusammenrottung, Körperverletzung und versuchter Gefangenenbefreiung angeklagt waren. Der Verhandlung lagen die Vorgänge in Mikultschütz am 10. Juni zugrunde, wo es anläßlich der Unterstützungskürzung vor dem Rathaus zu Demonstrationen gekommen war. Dabei war die Polizei mit Steinwürfen angegriffen worden. Das Gericht erkannte gegen den Hauptangeklagten auf

zwei Jahre Zuchthaus,

in einem Falle auf

ein Jahr sechs Monate Zuchthaus,

und im übrigen, besonders gegen die weiblichen Angeklagten, die sich an der Zusammenrottung beteiligt hatten, auf Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten

Eine der Frauen heißt Biallas, die andere Bonczyk.

Die Arbeiterfrau Biallas hat fünf Kinder im Alter von 1 bis 8 Jahre und Frau Bonczyk hat acht Kinder vom Säugling an. Die Frau Biallas gab in der Verhandlung an, daß sie für ihre fünf Kinder schon in der Mitte der Woche kein Brot mehr im Hause habe, und das gleiche Los trifft auch Frau Bonczyk. Der 19jährige Maurer Minkus erklärte: „Wenn ich zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt werde, dann trete ich die Strafe an, aber ich bleibe auch im Zuchthaus ein Soldat der Revolution!"

Hier ertönte Beifall im Zuhörerraum. Daraufhin wurde der Zuhörerraum polizeilich geräumt.

Hungernde demonstrieren, weil sie sich nicht den letzten Pfennig von ihrer Unterstützung rauben lassen wollen. Hungernde Mütter demonstrieren, weil sie nicht mit ansehen können, wie ihre Kinder hungern —

und werden zu Zuchthaus und Gefängnis bestraft.

Und ihr, Proletarier, seht euch das an, als ob euch das alles nichts anginge!

Proleten, erwacht!

Und in Ratibor?

„Der Zimmermann Wilhelm Piechulla aus Slawikau, Kreis Ratibor, hatte sich vor dem Ratiborer Sondergericht zu verantworten. Er erschien zur Gerichtsverhandlung mit einer Scheintodpistole, die ihm abgenommen wurde. P. hatte im Frühjahr d. J. drei Infanteriegewehre, Modell 98, einer Thüringer Waffenfabrik gesandt und im Tausch dafür Pistolen verlangt. Gleichzeitig hatte er auf dem mit einem falschen Vornamen ausgeschriebenen Bestellschein angefragt, was die Firma ihm für Infanterie-Karabiner zahlen würde. Das Urteil lautete auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis.

Der der NSDAP angehörende Landwirt Heinrich Kaul aus Wanowitz, Kreis Leobschütz, hatte am 10 Juli an dem Ratiborer SA-Standartenfest teilgenommen und war auf der Rückfahrt mit seinem Motorrad im Besitz einer geladenen Pistole und Reservemunition angetroffen worden. Das Urteil lautete in diesem Falle auf ein Jahr Gefängnis.

Beide Verurteilten wurden sofort in Haft genommen."

Piechulla wird wegen Waffenbesitzes zu 1 Jahr 2 Monaten verurteilt. — 2 Nazis, bei denen auch Schußwaffen gefunden sind — noch dazu im Zusammenhang mit einem Ueberfall, läßt man mit 6 Wochen Gefängnis laufen.

Der Prolet erhält 1 Jahr 2 Monate, der Nazi 6 Wochen! Arbeiter, merkt euch das!

Merkt euch aber auch das andere. Vor Gericht werdet ihr nicht gefragt ob SAP, KPD oder SPD, ob „reformistisch" oder „revolutionär", vor Gericht werdet ihr als Arbeiter, als Proleten, als Klassengegner gleich behandelt. Wirksam könnt ihr diesem Justizterror deshalb auch nur in einer einheitlichen, geschlossenen Front entgegentreten. Deshalb her mit dem Arbeiterblock gegen faschistischen Terror! Her mit dem Arbeiterblock gegen die Klassenurteile des Ausbeuterstaates!

Stahlhelm und Reichsbanner Arm in Arm

Ein Kapitelchen Arbeitsdienst

Aus Nimptsch wird unter dem 31. August gemeldet: „Die Kreisleitungen des Stahlhelms und des Reichsbanners haben seit langer Zeit Vorarbeiten zur getrennten Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes unternommen, die nunmehr unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Die Freiwilligen des Stahlhelms, die bereits nach Oberjohnsdorf berufen worden sind, werden ihren Arbeitsdienst am 5. September mit der Regulierung des Gleinitzer Wassers beginnen, während das Reichsbanner zu noch nicht feststehender Zeit den Straßenbau Nimptsch-Kunsdorf in Angriff nehmen will."

Arm in Arm, eine proletarische Organisation und eine nationale faschistische Organisation für ein und dieselbe Idee des Arbeitsdienstes, für die Idee einer verschleierten Wehrhaftmachung Deutschlands. Reichsbanner und Stahlhelm in einer Front für den Arbeitsdienst, der nur eine Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht ist.

Wie hieß es doch damals, als Reichsbannerinstanzen zum erstenmal den Gedanken faßten, sich beim freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen? „Man darf die nationalen Kreise nicht unter sich lassen. Sie könnten Schaden anrichten. Deshalb, hinein in den Arbeitsdienst!"

Nun, die Meldung aus Nimptsch besagt, daß man zwar in einer Front für dieselbe Idee, dennoch aber fein säuberlich getrennt voneinander die Arbeit aufnimmt. Von einer „Bewachung", „Beaufsichtigung" oder einem „Nichtaleinseinlassen" von seiten des Reichsbanners kann wohl hier nicht die Rede sein.

*

Darüber hinaus versendet man von seiten des Bürgertums systematisch Meldungen, die den ideologischen Boden für den Arbeitsdienst auch in Arbeiterkreisen vorbereiten und auflockern sollen.

Ach wie fein soll das alles werden! Denkt nur, wenn ihr euch in die Reihen des Arbeitsdienstes einreiht, so werdet ihr sogar unter ärztlicher „Betreuung" stehen! Es heißt:

„Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst hat in einem Schreiben an die obersten Landesmedizinalbehörden auf die Notwendigkeit hingewiesen, angesichts des freiwilligen Arbeitsdienstes Fürsorgemaßnahmen für die Gesundheit der Dienstwilligen und Abwehrmaßnahmen gegen gesundheitliche Gefahren für die Allgemeinheit zu treffen. Es wird für erforderlich gehalten, daß rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um den Gefahren in hygienischer Hinsicht begegnen zu können, die durch das Zusammenströmen vieler junger Menschen aus allen Kreisen der Bevölkerung in Arbeitslagern entstehen können. Es gilt insbesondere, dem Ausbruch und der Verbreitung ansteckender Krankheiten vorzubeugen. Wenn es auch nicht für notwendig gehalten wird, daß jeder Arbeitswillige, der in ein Arbeitslager eintreten will, vor der Einstellung einer ärztlichen Untersuchung unterzogen wird, so dürften die Arbeitslager aus gesundheitlichen Gründen regelmäßig ärztlich überwacht werden müssen.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat die Anregung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst aufgenommen und in einem Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten auf die Notwendigkeit hingewiesen, den hygienischen Verhältnissen in den Unterkunftseinrichtungen für den freiwilligen Arbeitsdienst die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Vor Eintritt in den Arbeitsdienst eine Untersuchung vor einer „militärärztlichen" Kommission — ganz wie früher — und bist du KV (Verzeihung ADV), dann darfst du deine Knochen durch Strammstehen mit Augen rechts und einem nationalistischen Liede auf den Lippen für den „heiligen Profit" der Ausbeuterklasse zu Markte tragen.

Neuer Lohnabbau droht

Kündigung des Tarifvertrages für die Breslauer Angestellten

Der Gehaltstarif für die Breslauer Angestellten ist von der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände zum 30. September 1932 gekündigt worden.

Wie sie in den Tod gehetzt werden

Aus Angst vor der Exmittierung aus dem Fenster gesprungen

Lublinitz, 31. August.

Eine Fabrikarbeiterin sollte heute ihre Wohnung zwangsweise räumen, da sie das Geld zur Miete nicht aufbringen konnte. Aus Angst vor der Exmittierung stürzte sie sich aus dem dritten Stock auf die Straße, wo sie bewußtlos liegen blieb. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Kommunist erhängt sich im Gefängnis

CNB. Nicolai, 31. August.

Dienstag wurde in das Nicolaier Gerichtsgefängnis ein Arbeitsloser, der der Kommunistischen Partei angehört, wegen staatsgefährlicher Umtriebe eingeliefert. Als die Polizei Mittwoch früh seine Zelle betrat, fand sie ihn am Fensterkreuz hängend tot auf. Er hatte sich mit seinem eigenen Leibriemen erhängt.

Wegen Waffenbesitzes verhaftet

Beuthen O.-S., 31. August.

In Bobrek wurden von einer Polizeistreife drei verdächtige Personen nach Waffen durchsucht. Bei einem Mann wurde eine 08-Pistole und acht Schuß Munition gefunden. Er wurde festgenommen.

*

Wieder eine typische Meldung bürgerlicher Presseberichterstattung. Man muß wieder einmal annehmen, daß es sich bei den Verhafteten um Nazis handelt. Denn nur die erfreuen sich der Schonung durch Nichtbenennung in den Polizeiberichten.

2 Jahre, 7 Monate Gefängnis

Breslau, 1. September.

Gestern fand vor dem Breslauer Sondergericht wieder ein unpolitischer Prozeß statt. Der 25jährige Schlosser Erich Hannich wurde wegen versuchten Totschlages an seiner Ehefrau und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 2 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf den Prozeß, der die Brüchigkeit der bürgerlichen Moralanschauung enthüllt, der gleichzeitig die Tragik einer Ehe zwischen einem Proleten und einer Beamtentochter zutage treten ließ, werden wir noch näher eingehen.

Was man aus einem Selbstmord machen kann

Liegnitz, 31. August.

Auf dem Bahnkörper der Umgehungsbahn wurde der 26jährige SA-Mann Rosemann aus Rüstern von einem Güterzug tödlich überfahren. Nach Aussage des Lokomotivführers ist Rosemann mit erhobenen Armen in den Zug hineingelaufen. Die Polizei nahm daher Selbstmord an. — Wie das „Liegnitzer Tageblatt" meldet, wird zu diesem Todesfall von nationalsozialistischer Seite eine andere Darstellung gegeben. In der Nähe wohnende Anlieger hörten eine halbe Stunde vorher aus Richtung der Bahngleise einige Schüsse fallen. Es liege daher der Verdacht nahe, daß Rosemann, der von politischen Gegnern bedroht worden war, tödlich verwundet, bezw. halb besinnungslos geschlagen, hilfesuchend gegen das Licht des Zuges gelaufen sei, zumal Rosemann dem Lokomotivführer mit erhobenen, winkenden Armen entgegengelaufen ist.

*

Die Nazis verstehen den Dreh! Fürwahr! Die bösen „politischen Gegner"! Ein schöner weiter Begriff, mit dem sich allerhand anfangen läßt.

Verkehrsunfälle

Schweidnitz. Auf der Chaussee zwischen Stephanshain und Groß Merzdorf wollte ein Motorradfahrer ein Auto überholen. Das Motorrad streifte das Auto und der Fahrer kam zu Fall. Ein dicht dahinter folgendes Motorrad konnte im letzten Moment an den Straßenrand fahren, wo drei Straßensteine umgerissen wurden. Der Motorradfahrer, der 41jährige Karl Präuser aus Breslau, wurde mit schweren Verletzungen nach Schweidnitz in ein Krankenhaus eingeliefert, wo ihm ein Bein amputiert werden mußte.

*

Hirschberg. Am Sonntag haben sich infolge des durch das Schreiberhauer Automobilrennen verursachten außerordentlich großen Autoverkehrs mehrere Verkehrsunfälle ereignet. Während bei den meisten Unfällen Personen nur leicht verletzt wurden, erlitt am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr ein Gärtnergehilfe einen schweren Schädelbruch. Er wurde von einem Auto überfahren.

Ereignisse des Alltags

Der Knabenmord von Falkensee

Das Geständnis des Mörders

Berlin, 31. August.

Der 26 Jahre alte Page Rolf vom Busch hat heute das Geständnis abgelegt, den 16 Jahre alten Paul Schomm ermordet zu haben. Die grauenhafte Tat, über die bereits berichtet wurde, ist am 18. August gegen ½10 Uhr abends am Bahndamm zwischen Finkenkrug und Brieselang geschehen.

Triebwagenzug in Erdmassen gerast

Stolp, 1. September.

In den Abendstunden des Mittwoch wurden die Kreise Stolp, Bütow und Rummelsburg von außerordentlich schweren Wolkenbrüchen heimgesucht, die großen Schaden auf den Feldern anrichteten. Besonders heftig wütete das Unwetter im Kreise Rummelsburg, wo während zweier Stunden ungeheure Wassermengen niedergingen. Auf der Bahnstrecke Bütow - Zollbrück wurde die acht Meter hohe Böschung des Bahndammes metertief ausgehöhlt, und die Erdmassen wurden auf die Bahnstrecke geschüttet, wo sie sich meterhoch auftürmten. Der fahrplanmäßige Triebwagenzug fuhr mit voller Geschwindigkeit in die Erdmassen hinein und blieb stecken. Nach dreiviertelstündiger Tätigkeit konnte der Zug ausgeschaufelt werden und weiterfahren. Felder und Wiesen gleichen ungeheuren Seen. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Überschwemmungen in Neuseeland

Wellington (Neuseeland), 31. August.

Infolge von Ueberschwemmungen stehen 480 000 Acres Land in der Gegend des Wairalapa-Sees und des Manawatuflusses unter Wasser. Einige kleinere Städte sind von den Fluten bedroht. Alle Eisenbahnlinien in dem genannten Bezirk sind beschädigt und außer Betrieb. Einige tausend Schafe sind ertrunken.

471 km in der Stunde

Neuer Flugweltrekord

Cleveland (Ohio), 31. August.

Einen neuen Weltrekord im Schnelligkeitsflug auf geschlossener Bahn stellte der amerikanische Flieger Doolittle auf dem hiesigen Flugplatz auf. Er erreichte auf einer drei Kilometer langen Strecke einen Stundendurchschnitt von rund 471 Kilometer und erzielte damit einen neuen Weltrekord.

Sonnenfinsternis in USA

New York, 31. August.

Millionen hatten heute die Plattformen der Wolkenkratzer, die Hausdächer, Anhöhen und Brücken besetzt, um die 3.23 Uhr örtlicher Sommerzeit beginnende Sonnenfinsternis beobachten zu können, die in New York deutlich sichtbar war. Freilich mußten sich die New Yorker mit einer Verfinsterung von nur 95 Prozent begnügen, während die vollständige Verfinsterung nur in Neuengland beobachtet werden konnte, wohin sich bereits in den letzten Tagen mehrere Millionen mit Sonderzügen, Autos und Flugzeugen auf den Weg gemacht hatten. Hier hatten auch 52 wissenschaftliche Expeditionen ihre Zelte aufgeschlagen und Vorbereitungen getroffen, um die Totalfinsternis im Bereich der hundert Meilen breiten Mondschattenbahn zwischen Parent-Quebec und Fryeburg-Maine eingehend zu studieren. Die Beobachtungen sollen jedoch unter der teilweise sehr starken Bewölkung gelitten haben.

*

Eine Sonnenfinsternis als Sensation für das begüterte Bürgertum! „Mehrere Millionen mit Sonderzügen, Autos und Flugzeugen." Die Hautevolee Amerikas gibt sich ein Ständchen. — Eine tüchtige Fremdenindustrie hat ihr Geschäft gemacht, obgleich die Première dieses „Schauspiels" etwas verunglückte wegen der „teilweise sehr starken Bewölkung"!

Betrunkener Motorradfahrer fährt in Menschenmenge

Breslau, 31. August.

Gestern, um die Mittagszeit, ereignete sich am Striegauer Platz ein schwerer Verkehrsunfall. Der stark angetrunkene Motorradfahrer Kaufmann Wilhelm H. aus der Lange Gasse fuhr rücksichtslos und unverantwortlich in seiner Trunkenheit in eine Menschenmenge an der Haltestelle des Striegauer Platzes. Passanten waren gerade im Begriff, in die Straßenbahn zu steigen. Dabei riß er die 65jährige Frau Paula R. um, die mit schweren inneren Verletzungen und einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Außer ihr wurden noch drei weitere Frauen zu Fall gebracht, die glücklicherweise nur leichtere Verletzungen erlitten.

Sittlichkeitsverbrechen

Glogau, 31. August.

Die große Strafkammer in Glogau verurteilte den 74jährigen Arbeiter Otto S. aus Neusalz, der sich an einem minderjährigen Mädchen in Neusalz vergangen hatte, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

*

Leider liegt uns nur diese nichtssagende Meldung vor. Die sozialen Hintergründe dieses Prozesses wären sicher sehr aufschlußreich gewesen.

Monistische Gemeinde

Unsere letzte Sonntagsfeier mit dem Thema: „Der politische Gott" konnte sich des Besuches von 170 Gesinnungsfreunden der Nieder Hermsdorfer Gemeinde erfreuen. Die Feier war allen Anwesenden ein Ereignis. Unsere nächste Sonntagsfeier findet Sonntag, den 4. September, 19 Uhr, im Saale Grünstraße 14/16 statt. Redner: Gen. E. Machek. Thema: „Wie sehen wir die Welt". Eintritt für Mitglieder frei! Gäste 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Kleine Sportnachrichten

Freie Turnerschaft Breslau, 1. Männer-Abt. Die Altersportler welche zum Alterstreffen nach Oels mit dem Rade fahren, treffen sich Sonntag, früh 6 Uhr am Königsplatz.

Dienstag, 6. 9., abends 21 Uhr, außerordentliche Vorstandssitzung bei Gen. Spiller.

Freitag, 2. 9., nach dem Turnen im Abteilungslokal Handballversammlung.

Freie Schwimmer Breslau E. V. Die Altersportler welche zum Alterstreffen nach Oels mit dem Rade fahren, treffen sich Sonntag früh 6 Uhr an der Nakonzbrücke

Freie Kanu-Vereinigung Breslau E. V. Freitag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Vortrag: Meine Erlebnisse in Sowjet-Rußland.

Am Donnerstag, den 22. September, findet um 20 Uhr in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße, die

Elternmitgliederversammlung

der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde statt.

Tagesordnung: 1. Erfolg- und Erfahrungsbericht aus der Kinderrepublik. 2. Erfolg- und Erfahrungsbericht von dem Heim Stubelwitz. 3. Erfolg- und Erfahrungsbericht von der örtlichen Ferienarbeit. 4. Aussprache. 5. Die Aufgaben des Winters.

Alle Eltern werden bestimmt in der Versammlung erwartet. Die grüne Mitgliedskarte ist als Ausweis mitzubringen. Freundschaft! Die Ortsgruppenleitung.

KAFFEE HAG
10 % billiger!
Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73
zu haben bei:
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Ecke a-Geschäft Brandenburgerstraße 21

Ein Fest für die Kinder ist es,
wenn Kaba auf den Tisch kommt. Dies schokoladenähnliche Getränk wird einfach mit ½ Milch, ½ Wasser heiß aufgebrüht. Kaba ist nahrhaft, aber nicht stopfend. Kaba fordert die Knochen- und Zahnbildung und hat die gleichen Nährsalze wie Muttermilch. Können Sie Ihren Kindern Zuträglicheres geben? Für 30 und 60 Pfg. Kaba überall zu haben.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Achtung Distriktsführer! Von einem Teil der Distrikte fehlt die Abrechnung, selbige muß bestimmt noch diese Woche erfolgen.

Abteilung Ohlauer Tor. Eine Arbeitslosenversammlung findet im Karl-Liebknechtheim, Marthastr. am Freitag, 2. 9., 14.30 Uhr, statt.

SJV

Sekretariat. Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Monistische Jugend, Heim 1, Grünstr. 14/16. Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim. Unterhaltungs- und Liederabend. Gäste willkommen.

Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Str. Heut, 19.30 Uhr. Brettspielabend. Gäste willkommen.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarifes.

STADTTHEATER
Eröffnung d. Spielzeit 1932/33
Donnerstag 20—gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. D 1
in vollständig. Neuinszenierung
Der Freischütz
Freitag, 20 — gegen 22,45 Uhr Abonn.-Vorst. C 1
in vollständig. Neuinszenierung
Der Opernball
Sonnabend, 20 — gegen 23 Uhr Abonn.-Vorst. G 1
Macbeth

LOBETHEATER
Sonnabend, 3. Sept. 20.15 (u.tgl.)
Zum 1. Male!
Die Journalisten
Lustspiel von Gustav Freytag
Eröffnungs-Vorstellung des Gerhart-Hauptmann-Theaters
Sonnabend, 3. Sept. 19.30 (Sonntag, 20.30) in Anwesenheit des Dichters
Zum 1. Male!
Und Pippa tanzt
Glashüttenmärchen von Gerhart Hauptmann

KABA
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.
zu haben bei:
Joh. Hammerling
Grünstraße 15 / Ecke Palmstraße
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Weine • Spirituosen

Pfänder-Versteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 8. Sept. 1932
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 100 000
Bietungskaution RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Schubert.

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Freitag, 2. Sept. 8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Freitag, 2. Sept. 5.30 Uhr
Konzert und Varieté
5.15 Uhr
Frühlingsluft

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

C. G. Müller
gibt 8% Rabatt in Edeka-Marken
Jetzt nur noch Neue Taschenstr. 1b
früher Poststraße 4

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
(neben der Dorotheenkirche)

Drogen Farben Foto **Matthias** Gartenstraße 10

Angel-Geräte, Wäscheleinen und Bindfaden
im Spezialhaus Kaschube & Döring G. m. b. H.
Oderstraße 30

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei Gutsche — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Gräbschener Straße 19/21 · Bohrauer Straße 43 · Poststraße 7 · Hellkestraße 14

ODERTOR U. SCHEITNIG

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Reserviert!
104

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 2
Filiale: Sternstraße 122 — Carlowitzermarkt 11

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten"
Richard Elison
Matthiasstraße 161/163

Richard Geise ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Bismarckstraße 24

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

Fahrräder bei mir schon ab 31,50
Bereifungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse Paul Eichler Adalbertstr. 26

Alles für Haus und Küche
nur im **Kaufhaus am Dom**
immer billig und gut.
(Bei Abgabe der Zeitungskoupons Extrarabatt)

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Internationaler Antikriegskongreß in Amsterdam

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Der von Romain Rolland und Henri Barbusse einberufene internationale Antikriegskongreß fand (wie wir bereits berichteten) vom 27.—29. August in Amsterdam statt. Ueber 2000 Teilnehmer aus allen Teilen der Welt waren erschienen. Im Mittelpunkt stand das groß angelegte Referat von Barbusse, das immer wieder von tosendem Beifall unterbrochen wurde. Die Stimmung der Delegierten bewies die unbeirrbare Entschlossenheit, mit allen Mitteln gegen Kriegsgefahr, Faschismus und Kapitalismus zu kämpfen.

Die wichtigste Voraussetzung für den sicheren Erfolg des Kongresses wäre die Beteiligung sämtlicher proletarischer Organisationen, unabhängig von der parteipolitischen Richtung, gewesen. Diese Voraussetzung war leider nicht erfüllt, da der Kongreß, obwohl versucht wurde, das nach außen nicht in Erscheinung treten zu lassen, von Angehörigen der Kommunistischen Internationale beherrscht wurde.

Im Namen von 347 Mitgliedern der 2. Internationale gab Genosse Nicole, Genf, die folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichneten Genossen, Mitglieder der 2. Internationale, erklären im Namen von 347 Kongreßdelegierten sozialistischer Parteien:

Wir vermissen die Beteiligung der an die 2. Internationale angeschlossenen Parteien bei dieser internationalen historischen Kundgebung. Wir beschließen zusammenzuarbeiten, um innerhalb der angeschlossenen Sektionen die Einheitsfront gegen den Krieg und für die russische Revolution zum Siege zu führen. Wir sind der Auffassung, daß der Krieg nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems unmöglich gemacht wird. Wir verwerfen jeden Gedanken einer nationalen Verteidigung innerhalb eines kapitalistischen Staates und wir verpflichten uns, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um jeden imperialistischen Krieg umzuwandeln in einen Klassenkrieg zur Machtergreifung der Arbeiter und Bauern. Wir erklären unsere Bereitwilligkeit, unverzüglich den Kampf für die Befreiung der Kolonialvölker aufzunehmen.

Die Mitglieder der 2. Internationale, die an dem Kongreß teilnehmen, erklären ihre Solidarität. Jede Disziplinarmaßnahme, die gegen einen von ihnen unternommen wird, wird auf den einmütigen Widerstand der Delegierten von Amsterdam stoßen, die sich rückhaltslos zusammenschließen zu ihrer gemeinsamen Verteidigung."

Im Anschluß an diese Erklärung erhielt

Genosse Rosenfeld

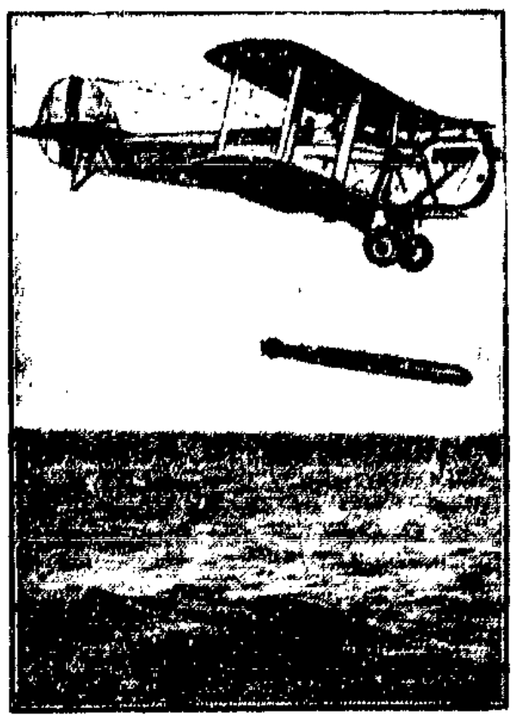
das Wort für die Sozialistische Arbeiterpartei. Er führte folgendes aus:

Als Vertreter der SAP freue ich mich, erklären zu können, daß meine Partei der Auffassung des Kongresses zustimmt, daß die Arbeiterklasse in diesem Augenblick nicht nur die Aufgabe hat, sich zur Verhinderung eines neuen Krieges mit allen Mitteln zu bekennen, sondern daß es jetzt vor allem darauf ankommt, solchen Bekenntnissen die Taten folgen zu lassen. (Beifall.) In jedem Lande muß die dringendste Aufgabe der revolutionären Politik darin bestehen, einen Kampfblock der Arbeiterparteien gegen Reaktion, Faschismus und Kapitalismus zu schaffen. Das ist die Aufgabe, die sich in Deutschland die SAP gestellt hat, und die auch in anderen Ländern von gleichgesinnten Parteien und Gruppen in Angriff genommen worden ist. Die SAP kämpft gegen jeden imperialistischen Krieg mit allen Mitteln, und sie ist sich der Tatsache bewußt, daß jeder Angriff der imperialistischen Mächte auf die Sowjetunion einen Angriff auf das Weltproletariat und den Sozialismus bedeutet. (Lebhafter Beifall.) Sollten die Kapitalisten diesen Kampf wagen: die Arbeiterklasse der ganzen Welt wird wie ein Mann Sowjetrußland verteidigen. (Stürmischer Beifall.)

Die Erklärung der 347 Mitglieder der 2. Internationale ist ein neuer Beweis für die in dieser Situation doppelt bedauerliche und gefährliche Tatsache, daß die Arbeiterklasse den Gefahren des Imperialismus und eines neuen Krieges keinen einigen, geschlossenen, aktionsfähigen Abwehrblock entgegenzustellen vermag. Die Delegierten der 2. Internationale haben auf Recht an dieser Organisation kräftig gemacht. Aber auch die 3. Internationale hat Fehler gemacht und nicht alles getan, um die Voraussetzungen für eine geschlossene Aktion des internationalen Proletariats zu schaffen. Es kann aber in dieser Situation nicht unsere Aufgabe sein, die auf allen Seiten gemachten Fehler aufzuzeigen. Es kommt in dieser Stunde darauf an, die Schranken niederzureißen, die international dem gemeinsamen Kampf des gesamten revolutionären Proletariats der Welt entgegenstehen. Denn einzig die geeinte Aktion der Arbeiterklasse ist in der Lage, das Weltproletariat vor Krieg und Barbarei zu schützen. Die revolutionäre Arbeiterklasse muß sich endlich zusammenschließen zum Kampf für die Erfüllung der historischen Aufgabe, die dieser Generation gestellt ist: auf den Trümmern des zusammenbrechenden kapitalistischen Systems im Kampfe gegen Krieg und Faschismus die Welt des Sozialismus aufzubauen. (Großer Beifall.)

Die SAP wird nach wie vor bemüht sein, die proletarischen Aktionen gegen den Krieg zu wirklichen Klassenaktionen zu machen und sie nicht, wie die 2. Internationale das getan hat, Parteiaktionen der kommunistischen Parteien sein zu lassen. Nur dann kann das Proletariat wirklich in der Lage sein, die Kriegsgefahr endgültig zu bannen.

Wie sie rüsten!



Nun auch Torpedos von Flugzeugen!

Das Lufttorpedo kurz nach dem Abschuß. Die englische Luftflotte probiert zur Zeit neuartige Torpedos aus, die von Flugzeugen abgeschossen werden können. Der „Vorteil" der Lufttorpedos gegenüber den Flieger-Bomben ist eine genauere Zielmöglichkeit. Der englische Imperialismus rüstet zum nächsten Völkermord.

Internationale Konferenz revolutionärer Sozialisten

Gelegentlich des Parteitags der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands fand am 29. August in Amsterdam eine Konferenz statt, auf der die folgenden Parteien vertreten waren:

Unabhängige Arbeiterpartei Englands
Unabhängige Sozialistische Partei Hollands
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Arbeiterpartei Norwegens
Unabhängige Sozialistische Partei Polens.

Die Vertreter dieser Parteien erstatteten ausführlich Bericht über die politische Lage in ihren Ländern und über die Situation der Arbeiterparteien. Allgemein wurde von der sich in allen Ländern dauernd verschärfenden Wirtschaftskrise berichtet, die überall die politische Krise und in ihrem Gefolge schwere Belastungen der Arbeiterschaft zur Folge hat. Ueberall haben sich die bestehenden großen Arbeiterparteien als unfähig erwiesen, die Arbeiterklasse unter einheitlichen Kampfparolen zu Kampf-Aktionen gegen die Krisenauswirkungen zu führen. Die sozialdemokratischen Parteien in den Ländern, über die berichtet wurde, haben gleichmäßig infolge ihres Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien und dem herrschenden Wirtschaftssystem an Einfluß verloren, während kommunistische Parteien in den außerdeutschen Ländern in nennenswertem Maße überhaupt nicht bestehen. Aus allen Ländern wurde aber auch von einer zunehmenden Radikalisierung der Gesamtarbeiterschaft und vor allem von dem überall bestehenden und immer stärker werdenden Drängen nach Einigkeit berichtet. Die Notwendigkeit revolutionärer sozialistischer Parteien ist daher in allen Ländern unbestritten eine der wichtigsten Voraussetzungen zur revolutionären Ueberwindung der Krise und zur Schaffung des sozialistischen Auswegs.

Im Anschluß an diese Berichte wurden die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit und einer erhöhten Aktivität der revolutionären Parteien besprochen. Außer unter den erwähnten Parteien besteht eine Zusammenarbeit mit Gruppen und Parteien folgender Länder: Frankreich, Belgien, Schweden, Finnland, Schweiz, Amerika, Bulgarien, Rumänien und einigen kolonialen Ländern.

Es wurde beschlossen, ein internationales Manifest zu veröffentlichen, das die Arbeiterschaft der Welt aufruft, mit äußerster Kampfkraft für die gemeinsame Aktion aller Arbeiter gegen Faschismus und Kriegsgefahr und für die Durchführung eines sozialistischen Programms einzutreten und damit international die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes zu schaffen.

Reichskonferenz der Liga für Mutterschutz

Die diesmalige Reichskonferenz der Liga für Mutterschutz und soziale Familienhygiene, Sitz Berlin C 2, e. V., die vom 20. bis 21. August in Magdeburg tagte, war aus allen Gauen Deutschlands besucht.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsgeschäftsführers Oehlschläger war u. a. zu entnehmen, daß die Liga in der Berichtperiode einen Mitgliederzuwachs von über 20 000 zu verzeichnen hatte, was bei der wirtschaftlichen Lage sehr beachtlich ist. 315 größere Ortsgruppen und 285 Zahlstellen sind der Liga angeschlossen.

In der Aussprache über den Pressebericht wurde trotz kritischer Beurteilung festgestellt, daß der Inhalt von „Liebe und Leben" konsequent den sozialistischen Geburtenregelungsstandpunkt vertreten habe.

Aeußerst wichtig waren die Ausführungen über die Erfahrungen in der Sexualberatung, die der bekannte Arzt Dr. Levy-Lenz machte. Auf je 1000 Ratsuchende entfielen 200 wegen Gravidität, 330 wegen vorbeugendem Schutz, 83 wegen Frigidität und Impotenz, 19 wegen Geschlechtskrankheit, 190 wegen Gebärmutterverlagerung, 40 wegen Eheschwierigkeiten, 24 wegen Behebung der Zeugungsunfähigkeit und 101 verschiedene Fälle.

Instruktiv und lebendig war der Vortrag von Dr. L. Klauber über „Bürgerliche oder proletarische Sexualreform". Es wurde, ausgehend von den Untersuchungen Morgans, Engels u. a., festgestellt, daß das Sexualstrafrecht bestimmt wird von der ökonomischen Struktur der Gesellschaft. Daraus folge die Ablehnung der malthusianischen Gedankengänge und die Einordnung der Liga für Mutterschutz in die Front der Arbeiterschaft zur Ueberwindung des Kapitalismus. Erst im Sozialismus könnten die Ziele der Liga nach einer menschenwürdigen Sexualordnung Erfüllung finden. Statt aller Theorie brauche nur auf Sowjetrußland gewiesen zu werden.

Mit der Erledigung organisatorischer Fragen, Statutenergänzung und Vorstandswahl schloß der Vorsitzende Hans Hexel die von Zukunftsglauben und aufwärtsdrängendem Elan getragene Konferenz.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

32) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die beiden sind nicht weit gegangen. Ein Seeoffizier kommt ihnen entgegen. Bonczyk bemerkt ihn zuerst:

„Da kommt ein Korvettenkapitän!"

„Da wollen wir doch mal sehen? Gib mal Feuer, Job!"

Schorsch zieht eine Zigarette hervor und pflanzt sich mitten auf dem Gehsteig auf. Bonczyk hält ihm ein Streichholz in der hohlen Hand hin. Und die Sorge um das brennende Streichholz scheint alles zu sein, was die beiden im Moment interessiert.

Der Offizier stutzt. Er hebt seine Hand, um sie heranzuwinken, läßt sie aber gleich wieder sinken. Er will sich mit diesen beiden Burschen nicht einlassen, macht eine scharfe Wendung und geht auf die andere Straßenseite hinüber.

Schorsch lacht in sich hinein:

„Da siehst du's, die haben schon einen Bammel in der Hose!"

Die beiden setzen ihren Weg fort. In der „Wilden Nachtigall" bestellen sie sich zwei kleine Bier. An einem Tisch spielen ein paar Matrosen Karten. In den abgeteilten Boxen sitzen Pärchen; nur die derben Matrosenstiefel und die Knöpfschuhe und fußfreien Röcke der Mädchen sind zu sehen.

Schorsch tritt an den Kartenspieltisch heran und liest die Schiffsnamen von den Mützenbändern ab. Er wendet sich an einen Matrosen vom „König" und schlägt ihm auf die Schulter:

„Na, wie steht's? Was ist bei euch an Bord los?"

„Bei uns? Wir sind in die Werft gegangen!"

„Und wie ist die Stimmung an Bord?"

„Ach, sind ja alles Scheißkerle!"

„Auf die Versammlung kommt ihr doch heute?"

„Um halb fünf, auf dem Großen Exerzierplatz?"

„Los, Gustav, mach schon. Du mußt geben."

Der „König"-Matrose mischt die Karten und teilt aus.

„Achtzehn — zwanzig — zweiundzwanzig!"

„Ich passe, spiel du!"

„Trinkst du noch einen, Job?" fragt Schorsch.

„Ich nehme lieber einen Rollmops!"

„Ja, Wirt, gib mir auch einen!"

Dann zahlen sie und gehen. In der nächsten Kneipe dasselbe Bild, in der dritten und vierten auch. Im Verkehrslokal des III. Geschwaders, im „Reichspfennig", sieht es anders aus. Hier herrscht dicker Betrieb, — Heizer, Matrosen, auch Werftarbeiter. Alle Tische sind besetzt, um die meisten sitzen diskutierende Gruppen herum.

Vor dem Schanktisch steht ein lärmender Haufen. Und alles wird übertönt vom Dröhnen des elektrischen Orchestrions. Das kriegsgebraute Bier ist unglaublich dünn; aber der bucklige Kellner schleppt schwitzend eine Ladung gefüllter Gläser nach der anderen durch die Kneipe.

Schorsch und Bonczyk finden zwei leere Stühle.

Die am Tisch reden über den Dienst, über das Essen und über die Urlaubsverhältnisse auf ihrem Schiff: „... der Flunky von unserem Divisionsoffizier, der hat schon dreimal Heimatsurlaub gehabt. Als ich gestern vortrat, da hieß es: Urlaub gibt es nicht!" „Das mit dem Landurlaub muß auch anders werden!" „Die Offiziere gehen schon mittags von Bord!" „Und der Böttelier hat Lebensmittel an Land verschoben, das muß auch mal zur Sprache gebracht werden!"

„Und was ist das mit den Zigaretten? 400 000 Stück sind an Bord gekommen. Hast du schon eine davon gekriegt? Das muß heute Nachmittag in der Rede auch mit vorgebracht werden!"

„Das ist alles Quatsch!" mischt Schorsch sich ein.

„Das ist Quatsch!" sagt auch Bonczyk.

„Dazu ist die Versammlung nicht da, dort haben wir Wichtigeres vorzubringen. Die Kameraden vom III. Geschwader, und in Wilhelmshaven die Heizer von der „Thüringen" und von der „Helgoland" und die von 1917, die auf Festung sitzen, die müssen raus!"

„Ja, die müssen alle raus. Und das müssen wir auf der Versammlung fordern!"

„Das stimmt schon, aber das mit dem Urlaub ist doch auch eine Schweinerei! Und die Zigaretten werden alle in der Offiziersmesse aufgequalmt!"

„Es geht heute um politische Forderungen!" ruft ein Werftarbeiter herüber.

„Der ganze Krempel muß aufhören, alles muß weg!"

„Der Kaiser auch, das hat schon im ‚Vorwärts' gestanden!"

„Hör schon mit deinem ‚Vorwärts' auf, in der ‚Leipziger Volkszeitung' stand das schon viel früher drin!"

Ein paar Tische weiter sitzt Fiete mit seinem Mädel, einer Arbeiterin aus dem Pulvermagazin. Sie hat ein gelbes Gesicht und gelbe Hände. Aber dafür Rock und Bluse, alles Halbseide, und einen verwegenen Hut hat sie auf dem Kopf.

Der bucklige Kellner stellt zwei Bier hin.

„Von dem da drüben!" sagt er und zeigt auf Fiete.

Fiete steht auf und hebt sein Glas:

„Prost Brummschädel! Prost Schorsch!

Ein Matrose legt auf jeden Tisch einen Handzettel: „Lesen und dann weitergeben!"

„Kameraden, schießt nicht auf eure Brüder! Arbeiter, demonstriert in Massen, laßt die Soldaten nicht im Stich!" steht auf den mit einer Schreibmaschine geschriebenen hektographierten Zetteln.

Von draußen kommen Matrosen mit neuen Nachrichten:

„Die Gefangenen vom „Markgraf" sollten nach Fort Herbert gebracht werden. Aber die I. Kompanie vom Seebataillon hat den Gehorsam verweigert. Da haben sie dann die III. Kompanie für den Transport geholt!"

„Und von den Schiffen sind alle Handwaffen an Land gebracht worden!"

„Das haben sie heimlich in der Nacht gemacht!"

„Aber die Offiziere haben Pistolenmunition bekommen!"

Auch in die Gruppen am Schanktisch ist Bewegung hineingekommen. Sie drängen sich um einen von draußen Hereingekommenen, — ein Flandernmatrose in langem feldgrauen Mantel.

Die an den Tischen werden aufmerksam.

„Von was reden die denn da?"

„Was ist denn los?"

„Alarm soll geblasen werden!"

„Alarm, wieso denn Alarm?"

„Das ist ja Quatsch, das gibt's doch gar nicht mehr!"

„Nein, ich hab's auch schon gehört, von unserem Signaloffizier seinem Flunky. Ich bin gerade erst an Land gekommen!"

Der Flandernmatrose ist auf einen Stuhl gestiegen, ein langer ausgehungerter Kerl, die graue Farbe der Schützengräben im Gesicht. Er redet auf die Umstehenden ein. Immer mehr stehen von den Tischen auf, Bonczyk und Schorsch kommen heran, auch Papendieck ist da.

„Das ist derselbe, der gestern . . ." erklärt Bonczyk.

„Man kann ja gar nichts hören!"

„Stellt doch das Orchestrion ab!"

„Verflucht noch mal, was ist los?"

„. . . Arbeiter und Soldaten, zusammenhalten! Die Werftarbeiter haben ihre Hilfe zugesagt. Die Versammlung findet statt. Wir lassen uns durch keine Manöver abhalten. Um halb fünf auf dem Großen Exerzierplatz . . ."

Die Tür wird aufgestoßen.

„Alarm!" brüllt einer herein.

„Alarm!" wiederholen die an der Tür.

Die an den Tischen springen auf.

„Da habt ihr's, gerade jetzt, wo's gemütlich wird!"

„Wo ich heute abend meine Kleine bestellt habe!"

„Aber was soll das bloß bedeuten, das gibt's doch gar nicht mehr."

„Das III. Geschwader soll wieder auslaufen!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Breslauer Delegation auf dem DMV-Verbandstag

Aus dem Hauptvorstand der SAP wird uns geschrieben:

Wenn es einen Verbandstag des DMV gegeben hat, auf dem es notwendig war, gründlich mit dem bankerotten Reformismus Abrechnung zu halten und neue Wege eines erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes aufzuzeigen, so war es der XX. Verbandstag in Dortmund. Niemals zuvor hat sich die Untauglichkeit der reformistischen Führung der Gewerkschaften so klar gezeigt, wie in den letzten Jahren, wo Löhne und Gehälter in unerhörtem Ausmaße gekürzt und die gesamte Lebenslage der Arbeiterschaft rapid verschlechtert worden ist.

Es galt in Dortmund vor der ganzen deutschen Metallarbeiterschaft die Ursachen dieser Entwicklung schonungslos aufzuzeigen und eingehend nachzuweisen, daß die Gewerkschaften nur dann noch ihren Aufgaben gerecht werden können, wenn sie sich wieder auf die Bahn des revolutionären Klassenkampfes begeben und die in ihre Hände gegebene Macht rücksichtslos auf dem politischen Kampffeld einsetzen.

Von den mehreren 100 Delegierten dieses Verbandstages gehörten nur die 4 Vertreter des DMV Breslau der SAP an. Wir müssen leider feststellen, daß alle Genossen, die von Delegierten eine grundsätzliche Kritik und das Aufzeigen des revolutionären Ausweges erwarteten, enttäuscht worden sind. Zwar standen dem Genossen Hans Ziegler bei der Debatte über den Geschäftsbericht nur zehn Minuten Redezeit zur Verfügung. Aber ihm schien eine — wie wir nach Kenntnisnahme des stenographischen Protokolls sagen müssen — falschen Polemik gegen die Opposition auf dieser Tagung offenbar als dringlichste Aufgabe.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat über Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Periode klare und bestimmte Auffassungen. Sie sind niedergelegt in einer Resolution, die unser letzter Parteitag nahezu einstimmig angenommen hat. Gen. Ziegler war auf dem Parteitag Mitglied der Gewerkschaftskommission. Von seiner Seite sind Einwendungen gegen die Grundgedanken der beschlossenen Resolution nicht laut geworden. In Einzelheiten hat Gen. Ziegler Abänderungen vorgeschlagen. Diese sind in den meisten Fällen auch berücksichtigt worden. Die so veränderte Resolution wurde von der Kommission einstimmig dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt.

In der vom Parteitag sodann beschlossenen Resolution heißt es, daß die Gewerkschaften unter ihrer reformistischen Führung sich als unfähig erweisen, ihre Mitglieder gegen die zunehmende Verelendung ausreichend zu schützen. Es wird auf die enge Bindung der reformistischen Führung an den heutigen kapitalistischen Staat verwiesen und festgestellt:

„Aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen lehnen die reformistischen Gewerkschaftsführer den Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel im politischen Kampfe ab. Dadurch lähmen und verhindern sie nicht nur den notwendigen Kampf gegen den Lohnraub, ihr Verhalten hat auch eine schwere Diskreditierung der Gewerkschaften in den breiten Massen zur Folge."

Aus diesen Feststellungen zog der Parteitag der SAP den Schluß:

„Die Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats wie auch der Gewerkschaften selbst machen daher einen **radikalen Kurswechsel** zu einer Notwendigkeit."

Nun, da es galt, für diese Grundsätze einzustehen, hat die Breslauer Delegation unter Führung von Hans Ziegler versagt. Das muß man klar aussprechen.

Hält Gen. Ziegler die in der Resolution niedergelegten oppositionellen Grundsätze für falsch, dann war er verpflichtet, auf dem Parteitag seine Einwände dagegen geltend zu machen. Und wenn er erst nach dem Parteitag, vielleicht nach dem 24. April zu einer Sinnesänderung gekommen sein sollte, so war er eben zu diesem Zeitpunkt verpflichtet, davon vor allem den Breslauer Genossen und darüber hinaus der gesamten SAP Kenntnis zu geben.

Wenn Gen. Ziegler mit dem Einwand kommen sollte, daß er nur im Gegensatz zur sozialdemokratischen Politik nicht aber zur Politik des ADGB und des Hauptvorstandes des DMV steht, so könnten wir einen solchen Einwand nicht gelten lassen. Dem widerspricht ja auch sein Auftreten auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß. Es ist schlechterdings unmöglich, die Politik des ADGB und des sozialdemokratischen Parteivorstandes auseinanderzuhalten. Wer kann heute noch behaupten, daß die Gewerkschaften der politische Kampf nichts angehe? In einer Zeit, wo Massenarbeitslosigkeit und andere Faktoren den nurgewerkschaftlichen Kampf in unerhörtem Maße beeinträchtigen und vielfach wirkungslos machen, in einer Zeit, wo durch eine einzige Notverordnung geltende Tarife außer Kraft gesetzt, Löhne und Gehälter um Milliarden gekürzt werden, in einer solchen Zeit ist die politische Betätigung der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung. Alles, was vom revolutionären Standpunkt aus dem SPD-Vorstand vorzuwerfen ist trifft auch den ADGB und umgekehrt.

Gen. Ziegler muß klar Farbe bekennen.

Entweder hat er früher aus wohlerwogenen sachlichen Gründen den Kurs der SPD und des ADGB bekämpft (dann muß er uns aber auch sagen, daß und warum er seine Auffassung geändert hat)

oder aber er ist schon früher nicht mit der Auffassung der SAP einverstanden gewesen, hat das aber verschwiegen (dann müssen wir ihm aber sagen, daß seine Handlungsweise weder den Interessen der Partei noch der Gewerkschaft dienlich ist).

Die SAP kann ein solches Verhalten nicht dulden. Wir mißbilligen es vor aller Öffentlichkeit aufs schärfste, daß es die Breslauer Delegation unter Führung des Gen. Ziegler abgelehnt hat, in Dortmund mit der übrigen Opposition gemeinsame Sache zu machen. Nach allem, was uns bekannt ist, waren dafür alle sachlichen Voraussetzungen gegeben.

Was soll man aber weiter dazu sagen, daß es 3 von den 4 Breslauer Delegierten fertiggebracht haben, einem Antrag die Zustimmung zu versagen, der für die Wahl aller Verbandstagsdelegierten wieder die Urwahl einführen wollte? In der Gewerkschaftsresolution des Parteitages heißt es:

„Jeder Genosse muß sich in seiner Gewerkschaft für weitgehende innergewerkschaftliche Demokratie einsetzen, für die Wahl aller, auch der obersten Gewerkschafts-Funktionäre durch die Mitglieder selbst für Urabstimmungen bei den Wahlen der Ortsverwaltungen und Verbandstagsdelegierten."

Gegen diesen, wir wiederholen, unter Mitwirkung von Gen. Ziegler gefaßten Beschluß, haben die 3 Breslauer Parteigenossen in Dortmund in gröbster Weise verstoßen. Das war auch der Fall, als sie im Gegensatz zu dem klaren Willen der Breslauer Metallarbeiter statt einer Erweiterung eine Beschränkung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder begünstigten. Bisher haben Einzelmitglieder das Recht gehabt, Anträge dem Verbandstag zu unterbreiten. Diese Möglichkeit sollte auf Verlangen der Bürokratie beseitigt werden. 39 Delegierte haben gegen diese fortschreitende Einengung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder gestimmt. Darunter war aber nur aus Breslau der Gen. Bienert, die übrigen 3 Vertreter der Breslauer Metallarbeiter haben sich ohne Rücksicht auf den Willen der überwiegenden Mehrheit der Breslauer Metallarbeiter und ohne Rücksicht auf das Ansehen ihrer Partei rechts von mehr als 30 oppositionellen sozialdemokratischen Delegierten gestellt.

Wir hoffen, daß die Breslauer Metallarbeiter sich gegen diesen Mißbrauch ihres Vertrauens auflehnen werden und daß Gen. Ziegler die gemachten groben Fehler erkennt und sich verpflichtet, in Zukunft im Sinn und Geist der SAP zu wirken. Die SAP aber wird auf jeden Fall an dem auf ihrem Parteitag festgelegten Standpunkt auch in der Gewerkschaftsfrage festhalten.

DMV-Vertreter-versammlung, Breslau

In der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, Breslau, am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus wurde zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht für das zweite Quartal gegeben. Daraus war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres von 10 640 auf 10 400 zurückgegangen ist. Beitragsmarken wurden 130 895 gegenüber demselben Quartal des Vorjahres von 131 789 verkauft. Beigetreten waren 37 gegen 111 im Vorjahr desselben Quartals zu verzeichnen. Der Verband ist also in seiner Mitgliederzahl stabil geblieben, trotz der furchtbaren Krise und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in dem Beitragsmarkenverkauf der verschiedenen Klassen. Es wurde weiter berichtet über die sehr umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der Tarifbewegung und Tarifabschlüsse.

Sodann gab der erste Bevollmächtigte, Genosse Ziegler, den

Bericht vom Dortmunder Verbandstag.

Genosse Ziegler gab im ersten Teil seiner Ausführungen in gedrängter Form den Inhalt der von der „SAZ" im Verbandstagsbericht behandelten Referate des Verbandsvorsitzenden Brandes, des Kassierers Schäfer und des Kollegen Reichel wieder, wobei er ausführlich auf die gewaltigen Unterstützungsleistungen des DMV einging. Im ganzen, so meinte Genosse Ziegler, hatte der Verbandstag gute Arbeit geleistet, er bilde einen Markstein in der Entwicklung des Verbandes. Er, Ziegler, und mit ihm die Mehrheit der Breslauer Delegation wären nicht in allen Punkten mit der auch in Dortmund vertretenen kommunistischen Opposition (KPO) gegangen, weil man jetzt das Einigende in den Vordergrund stellen müsse. Darum: „Schwamm über die Streitigkeiten der Vergangenheit". Wir könnten uns die alte Methode der Opposition nicht mehr leisten. Nur eine Kritik, die den Verband und die Kampfkraft stärke, sei angebracht. Im übrigen müsse er feststellen, daß auch die Opposition auf dem Verbandstag durchweg sachlich aufgetreten wäre, wie er überhaupt keine großen Gegensätze zwischen der Opposition und der Verbandstagsmehrheit hätte entdecken können.

In der Diskussion ergänzte zunächst Genosse Bienert, als einer der vier Breslauer Delegierten, den Bericht. Er teilte mit, daß er bei einer Reihe von Abstimmungen in einem Gegensatz mit den Genossen Ziegler, Bruschke und Tröger gestanden und stets mit der Opposition gestimmt hätte. Er hob hier besonders die Frage der Urwahl, der Verhältniswahl, der Verschlechterung der Geschäftsordnung, der Aufnahme von Arbeitslosen in den Verband hervor. Er bedauere, daß hier die anderen Genossen nicht mit der Opposition gestimmt hätten. Er glaube aber, daß er durch sein Verhalten im Sinne der Auffassung gewirkt hätte, wie sie von Ziegler und auch Kunert früher unter anderem auch auf dem Berliner Verbandstag vertreten worden wäre. Sie hätten aber ihre Stellung geändert. Er hätte deshalb gegen den Vorstand gestimmt, weil die alte, sich als falsch erwiesene Politik fortgesetzt werden soll. Auch er ist für die Einheit, aber Einheit zum Kampf.

Gläser: Der Verbandstag ist der ihm gestellten Aufgabe nicht gerecht geworden. Er hat nicht die Irrtümer und Fehler der Vergangenheit festgestellt. In den Vorstandsreden und Beschlüssen ist nicht gesagt worden, welch ungeheure Opfer uns die Politik der Tolerierung und des Ausweichens vor dem Kampf gegen den Lohnabbau gekostet. Ebenso hätte der Verbandstag auch in der positiven Fragestellung, in der Festlegung der zukünftigen Tätigkeit des Verbandes versagt. Das angenommene Programm eines rein parlamentarischen Kampfes für Verstaatlichung der Schlüsselindustrie im Rahmen des kapitalistischen Staates sei eine gefährliche Illusion, die zu neuen Enttäuschungen der Arbeiter führen müsse.

Kollege Preuß beschäftigte sich mit den Fragen der Jugendlichen im Verband und kritisiert, daß die Anträge, die das Mit- und Selbstbestimmungsrecht der Jugendlichen erweitern wollten, abgelehnt wurden.

In der weiteren Diskussion verteidigten Genosse Bruschke und Kollege Ledwein das Verhalten der Delegationsmehrheit, während die Genossen Kluge und Rettich im Sinne von Bienert sprachen. Genosse Rettich brachte eine Entschließung ein, in der das Auftreten der Delegationsmehrheit kritisiert und ihre Abstimmung in verschiedenen Fragen als nicht im Sinne der Breslauer Metallarbeiter bezeichnet, die Abstimmung Bieners dagegen gebilligt wird.

Im Schlußwort wandte sich Genosse Ziegler gegen die Entschließung. Nach seiner Auffassung werde hier künstlich ein Gegensatz konstruiert und eine Opposition „von außen" in den Verband hineingetragen. Die hier aufgeworfenen Fragen über Urwahl, Aufnahme der Erwerbslosen, direkte Antragstellung an den Verbandstag usw. wären nur taktische Fragen und gar nicht so wichtig. Immer wieder vertrat er die Auffassung, daß durch diese „künstlich, von außen hineingetragene Opposition" die Einheit gestört würde, man müßte aber heute das Einigende in den Vordergrund stellen.

Zu später Stunde, ½1 Uhr, erfolgte die Abstimmung über die Resolutionen, wobei durch eine unklare Formulierung des Versammlungsleiters viele Kollegen nicht klar sehen konnten, ob dafür oder dagegen abgestimmt wird. Gegen eine starke Minderheit wurde die Entschließung abgelehnt.

*

Soweit der Bericht. Wir möchten dazu nur bemerken, daß es sich bei den strittigen Punkten, hauptsächlich bei den Fragen des ganzen Gewerkschaftskurses und der Urwahl um alte grundsätzliche, gewerkschaftliche Fragen, das heißt um das Mitbestimmungsrecht der Verbandsmitglieder handelt. Es ist falsch, das vertuschen zu wollen.

Das Bestreben, diese Frage im Interesse der Mitglieder und im Sinne des entschlossenen Kampfes im Verband durchzusetzen, ist nicht „einheitsstörend" und „verbandsschädlich". Umgekehrt, **je eher es gelingt, den DMV und die Gewerkschaften überhaupt zu wirklich umfassenden, außerparlamentarischen Massenkämpfen zu bringen, je schneller und besser wird die wirkliche Einheitsfront aller Arbeiter hergestellt werden.** Die Fortsetzung der alten schädlichen Politik und Taktik dagegen muß, bei allem Betonen des Einigenden, die Arbeiterklasse weiter zersplittern, ihr das Vertrauen zu den Gewerkschaften rauben und so den Verband schädigen. **Wir wollen aber die Stärkung und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften.**

Achtung! Achtung!

An alle Einzelbezieher der SAZ

Das Bezugsgeld für September ist fällig. Wir bitten um pünktl. Einzahlung auf das Postscheck-Konto Breslau 757 89, Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstr. 3. Geschäftsleitung der SAZ

Massensteuern gestiegen
Besitzsteuer auf die Hälfte gefallen

Berlin, 30. August.

WTB. Im Monat Juli 1932 betrugen die Reichseinnahmen bei den Besitz- und Verkehrssteuern 287,8 Millionen Mark (gegenüber 550,2 Millionen Mark 1931). Die Besitzsteuern sind also um fast die Hälfte gesunken. An Zöllen und Massenverbrauchssteuern gingen im Juli d. J. 290,2 Millionen Mark ein (gegenüber 278 Millionen Mark im Juli 1931). Die indirekten Massensteuern sind also trotz Krise, Lohnabbau und 7 Millionen Arbeitslosen noch um 12 Millionen Mark gestiegen.

Nichts zeigt krasser den kapitalistischen Ausbeuter-Charakter der deutschen Republik als diese Zahlen. Aber nach dem Willen des Junkerkabinetts soll es für die arbeitende Masse noch viel schlimmer kommen.

Generalstreik in Asturien

Paris, 30. August.

WTB. Wie aus Oviedo berichtet wird, hat die Gewerkschaft der Bergarbeiter von Asturien den Generalstreik beschlossen, angeblich, weil die Arbeitgeber gewisse Verpflichtungen gegenüber dem Personal nicht eingehalten haben.

Große Preissteigerung auf dem Bekleidungsmarkt

Aus Mittelstandskreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Regierung des Herrn von Papen, die nicht dem Parlament, sondern nur ihrem Gott verantwortlich ist, begann ihre wohltätige Tätigkeit damit, daß sie der Arbeiterschaft und damit auch dem Mittelstand, der von der Arbeiterschaft lebt, 1500 Millionen Mark durch Kürzung aller Renten strich, dafür aber der notleidenden Industrie, der Landwirtschaft und den Banken, die ihren Sparern 2½ % Zinsen zahlen, selber aber Geld zu 12 % verleihen, 2000 Millionen Mark Subventionen gewährte. Am Sonntag verkündete der päpstliche Kammerherr, daß er diese Wohlfahrtspolitik rücksichtslos fortsetzen werde. Weitere größere Steuervergünstigungen werden dem Großkapital in Aussicht gestellt, jeder Industrielle bekommt eine Extraprämie für die Einstellung eines neuen Arbeiters, während das Tarifrecht der Arbeiterschaft geraubt werden soll.

Es ist nun äußerst interessant, wie die „Wirtschaft" auf die Tätigkeit ihres Kanzlers reagiert. Vor uns liegt ein Schreiben des Deutschen Hausschuhfabrikantenverbandes. In diesem Rundschreiben wird ausdrücklich auf die vor einigen Tagen gehaltene Rede Dr. Goerdelers hingewiesen, in der dieser sagte: „Ein großer Teil der Rohstoffpreise bewegt sich seit einiger Zeit aufwärts. So wurden z. B. Baumwolle, einige Metalle und Gummi von dieser Bewegung erfaßt. Baumwolle ist seit Anfang Mai bis Mitte August um über 50 % gestiegen."

Das Rundschreiben zitiert weiter zwei Marktberichte. 1. Marktbericht eines der größten Hamburger Häuteimporteure, zu welchem zu bemerken ist, daß diese Aufschläge zwischenzeitlich sich um weitere 25 % erhöht haben. Nach diesem Bericht über den Markt auf Ueberseehäute nahm das Kaufinteresse enorm zu. Es ist mit einem weiteren Steigen der Rohstoffmärkte zu rechnen. Es kommen Aufschläge von 10 bis 40 % in Frage. Diese Aufschläge wurden erzielt, trotzdem Nordamerika dem Markt bisher vollkommen fernblieb. Es ist anzunehmen, daß Nordamerika ebenfalls bald in den Markt eingreifen wird. 2. Marktbericht, Bericht einer Reihe maßgebender Lederfabrikanten über die Entwicklung auf dem Ledermarkt. Auch in diesem Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Rohstoffe seit beinahe drei Wochen in einer haussearti gen Aufwärtsbewegung sind. Auch der deutsche Häutemarkt ist in einem stürmischen Tempo gefolgt, so daß Aufschläge bei den Häuteauktionen von 10—20 % an der Tagesordnung sind. Der Bericht schließt mit den Worten: Es ist noch gar nicht abzusehen, wohin die Preise führen werden. Es ist bestimmt in den nächsten 4—5 Monaten mit weiteren Preisaufschlägen zu rechnen.

Es ist selbstverständlich, daß die Fabrikanten die Mahnung ihres Syndikus, ihre Preise zu erhöhen, befolgen werden. Wo aber bleiben die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften? Wollen die alten bewährten Führer dieser unerhörten Verringerung des Realeinkommens der Arbeiterschaft durch Preiserhöhungen bis 40 % bei gleichzeitiger „Auflockerung" der Tarife vollkommen tatenlos zusehen? Der Arbeiterschaft ist mit noch so schön ausgearbeiteten Sozialisierungsplänen, die im Kapitalismus nur Makulatur sind, nicht gedient. Die Arbeiterschaft muß vom ADGB und vom Afabund die Herstellung einer überparteilichen Einheitsfront zur Abwehr dieser neuesten Preistreiberei verlangen.

Von der Geschäftswelt wird der Kundschaft geraten, jetzt einzukaufen, weil der Steigerung der Rohstoffpreise sicher eine baldige Steigerung der Preise im Einzelhandel folgen wird. Der Rat ist ganz gut, nur können ihn leider Millionen nicht befolgen, weil sie weder jetzt noch später das notwendige Geld haben

Mellon glaubt an Steigen der Warenpreise

Washington, 30. August.

WTB. Nach einer Aeußerung von amtlicher Seite ist der amerikanische Botschafter in London, Mellon, „fest davon überzeugt, daß die Aufwärtsbewegung der Warenpreise und der Wertpapierpreise „gesunden Charakter" (!!) hat und aufrechterhalten bleiben wird".

Baumwollpreiswucher

Washington, 30. August.

WTB. Die Finanzkörperschaft für Wiederaufbau hat die 50-Millionen-Dollar-Anleihe zugunsten der Baumwollgenossenschaft und der Stabilisierungskörperschaft genehmigt. Die Anleihe soll den Gesellschaften ermöglichen, ihre Baumwolle bis zum Jahre 1933 auf Lager zu behalten. (Natürlich zu dem Zweck, die Preise hochzutreiben.)